

## Auswege gegen Schulschließungen werden gesucht

15.02.2013 21:56 Uhr

Von Ute Otto Wittenberg/MZ.

Mit Unverständnis reagieren Kommunalpolitiker im Kreis Wittenberg auf die neuen Vorgaben des Landes bezüglich der Mindestschülerzahlen für die Bestandsfähigkeit von Grundschulen. Danach müssen Schköna, Möhlau, Cobbelsdorf und Mühlanger nächstes Jahr geschlossen werden. Radis hingegen erreicht schon ab September dieses Schuljahres 61 Schüler. „Das sind nicht nur Zahlen, sondern Namen und Hausnummern“, sagt der Kemberger Bürgermeister Torsten Seelig (CDU), dass er sich bei der Diskussion „ganz entspannt zurücklehnen“ kann.

**Peter Müller (Freie Wähler), Bürgermeister von Zahna-Elster, hingegen ist konsterniert: „Wir haben vor zwei Jahren rund 400 000 Euro in die Grundschule Mühlanger investiert und wir hätten das Geld an vielen anderen Stellen auch gut gebrauchen können“, sagt er. „Wie soll ich meinen Stadträten klar machen, dass wir diese Schule schließen sollen?“** Thomas Braune (SPD) forderte im Kreis-Schulausschuss klare Worte - an das Land. „Die Kreise müssen das Land zwingen, Kosten transparent zu machen“. Man sollte gegenüber stellen: Wieviel Geld spart das Land mit der Streichung von 200 Lehrerstellen? Und was kostet es die Kreise, die Schulschließungen zu kompensieren - mit Schülerbeförderung, Verwaltung leerstehender Gebäude. „Wenn Schulen geschlossen werden, verlieren die Dörfer noch mehr an Attraktivität.“ Die Kosten, die durch den Wegzug entstünden, seien noch gar nicht abzusehen, so Braune.

Bislang kenne er alle Zahlen nur aus der Presse, sagte der Geschäftsbereichsleiter Klaus Hajek (SPD). Die Verordnung, die dann auch die Zahlen für alle anderen Schulformen vorgibt, wird für April erwartet. Sie ist Grundlage für die Schulentwicklungsplanung der nächsten sieben Jahre in den Kreisen. Anders als bei den vorhergegangenen Planungen muss sich der Kreistag nun intensiver mit den Grundschulen befassen. „Bislang haben wir das meist akzeptiert, wie die Gemeinden das entschieden haben.“ Die Kreisverwaltung will nun darauf hinwirken, dass sich die Städte miteinander verständigen: Stadtgrenzen sollten nicht die Grenzen von Schuleinzugsbereichen sein, sagte Hajek.

Coswigs Bürgermeisterin Doris Berlin (parteilos) hat sich zum Beispiel schon mit Wittenbergs Bürgermeister Torsten Zugehör (parteilos) in Verbindung gesetzt. „Es geht zunächst um die Grieböer Kinder“, erklärt Berlin, die bis zur Eingemeindung von Griebö nach Wittenberg auch in die Cobbelsdorfer Grundschule gefahren seien. Jetzt müssen die nach Reinsdorf und dafür in Piesteritz umsteigen, was bei den Eltern für einigen Unmut sorgte. Die Coswiger Bürgermeisterin begrüßt es, wenn der Kreis eine Änderung der Einzugsbereiche über die Stadtgrenzen hinweg zuließe. „Die Eltern müssten das aber wollen.“ Berlin betont nochmals, dass sie um die Cobbelsdorfer Grundschule kämpfen werde. Für das nächste Jahr dürfte die Ausnahmegenehmigung kein Problem sein, da die Fröbelschule saniert wird und keine der beiden Coswiger Grundschulen aufnahmefähig ist. Auch Peter Müller will sich mit Torsten Zugehör zusammen setzen. Allerdings ist er sich auch dessen bewusst, dass der Wittenberger Bürgermeister zuerst auf die Bestandsfähigkeit der eigenen Grundschulen achten wird.

Reinhard Rauschnig (SPD) sieht sich durch diese Diskussion in seiner Forderung bestärkt, den Schülerverkehr wieder vom öffentlichen Busverkehr losgelöst zu organisieren, damit die Fahrzeiten für die Kinder nicht noch länger werden.